
Stellungnahme zur Klimafonds-Initiative

23. Januar 2026



Verein energie-wende-ja (ewj)
Bürglenstrasse 35, 3006 Bern
info@energie-wende-ja.ch

**Autoren/
Auskunft:**

Rolf Iten
Alpenstrasse 8, 5430 Wettingen
Dr. oec. publ., Volkswirtschaft,
Vorstandsmitglied ewj
Tel. 079 750 49 93
info@rolfiten.ch

Walter Ott
Steinstrasse 40 B, 5406 Rütihof
Ökonom UNIZ, dipl. El. Ing. ETH,
Vorstandsmitglied ewj
Tel. 079 317 88 15
walter-ott@outlook.com

Der Vorstand von energie-wende-ja (ewj) hat zur Klimafonds-Initiative die Ja-Parole beschlossen, die am 8. März 2026 zur Abstimmung gelangt. Gemäss Initiativtext sollen 0.5 bis 1 Prozent gemessen am BIP oder rund 4 bis 8 Milliarden Franken pro Jahr mehr für den Klimaschutz eingesetzt werden. Die Schuldenbremse darf dabei umgangen werden. Der stockenden Energiewende wird neuer Schwung verliehen. Der Vorstand von ewj verbindet die Zustimmung zur Klimafonds-Initiative mit der Erwartung, dass die Umsetzung mit positiven Anreizen etwa bei der Mittelbeschaffung und der Sozialverträglichkeit angegangen wird. Damit wird ein Schritt zu einer sicheren und gerechteren Zukunft gemacht.

Initiativtext: <https://klima-fonds.ch/#initiative>

Warum man prinzipiell zustimmen kann

- Die Initiative adressiert ein zentrales Problem: Der Klimawandel und die ökologische Transformation verlangen erhebliche Investitionen — in erneuerbare Energien, Gebäudesanierungen, Energieeffizienz, Dekarbonisierung von Verkehr und Wirtschaft, Ausbildung bzw. Umschulung, sowie Biodiversitäts- und Naturschutzmassnahmen. Mit einem Fonds könnten solche Vorhaben koordiniert und finanziert werden.
- Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Umstellung — Stichwort „ökologische Wende“ — braucht Planungssicherheit und verlässliche Finanzierung über Jahre bis Jahrzehnte. Ein Klimafonds mit einem garantierten jährlichen Mittelzufluss von 4 - 8 Mrd. CHF erlaubt eine umfassende Förderung, welche die dringend benötigten Dekarbonisierungsinvestitionen auslösen und ermöglichen soll.
- Zudem betont die Initiative soziale Gerechtigkeit: Der Umbau soll so gestaltet sein, dass tiefere Einkommen nicht zusätzlich belastet werden und niemand durch das Raster fällt — mit Unterstützung bei Umschulung und Übergängen.

Bei der Durchsetzung der Initiative stellen sich jedoch heikle Fragen:

- In den vorgeschlagenen Fonds müsste jährlich 0,5–1 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) eingebracht werden — das entspricht derzeit rund 3,9 bis 7,7 Milliarden Franken pro Jahr. Wie sich dies angesichts der schwierigen Lage des Staatshaushalts bewältigen lässt, ist nicht klar. Zudem muss die Äufnung des Fonds sozialverträglich ausgestaltet werden - durch einen Ausbau der CO₂-Abgabe mit Zweckbindung der Einnahmen und Rückerstattung der Erträge an die Bevölkerung und Wirtschaft.
- Der Staat – Bund und Kantone – fördert heute bereits Klima- und Energieprojekte. Ein derart grosses zusätzliches Subventionsinstrument muss so eingesetzt werden, dass Doppelspurigkeiten, Ineffizienzen oder Fehlallokationen vermieden werden.
- Es ist noch unklar, welche Projekte und Aktivitäten konkret finanziert würden — und wie man die Mittelverwendung steuert und überprüft. Ohne klare Kriterien und Transparenz beim Einsatz der Fördermittel besteht die Gefahr, dass Geld nicht dorthin fliesst, wo es am dringendsten gebraucht wird.

All diese Punkte stellen eine grosse Herausforderung für den Gesetzgeber dar.

Fazit

Wir halten die Idee der Initiative grundsätzlich für sinnvoll: Der ökologische Umbau erfordert grosse Investitionen. Ein Fonds könnte helfen, Transformationsprozesse planbar und gerecht zu gestalten

und die einzelnen Massnahmen zu koordinieren. Er würde damit nachhaltiger wirken als punktuelle Subventionen.

Deshalb unterstützen wir die Initiative, mit dem Hinweis, dass die Gesetzgebung dafür sorgen muss, dass für die Verwaltung des Fonds geeignete Steuerungs- und Evaluationsinstrumente zur Verfügung gestellt werden, die gewährleisten, dass die Mittel nach klaren Prioritäten und transparent eingesetzt werden. Priorität sollen dabei Massnahmen mit möglichst hohem Zielbeitrag (THG-Reduktion) pro Mitteleinsatz aus dem Fonds erhalten.

Rolf Iten, Walter Ott, 23.1.2026